

Familienpolitik und Familienbildung im Fokus

Familie hat auf der öffentlichen Agenda einen hohen Stellenwert. Gesellschaftliche Umwälzungsprozesse haben Einfluss auf die Familie. Es sind vor allem drei revolutionäre Entwicklungen, die Familien, deren Beziehungsgefüge, die Formen des Zusammenlebens und die Erziehungsstile grundlegend verändern: die demographische Entwicklung, die veränderte Wertestruktur, sowie die sich rasant verändernde Arbeitswelt.¹

An Familien werden von der Gesellschaft hohe Erwartungen gestellt. Und sie erwarten viel von sich selbst: die Bewältigung des Alltagslebens, die Erziehung der Kinder, die Unterstützung von deren schulischen und beruflichen Entwicklung, die Übernahme von lebenslanger Verantwortung und Solidarität, die Gewährung von emotionaler Sicherheit und das zur Verfügung stellen eines Regenerationsraumes.

Gesellschaft braucht die Leistungen von Familien. Sie stützen die Arbeitswelt und die sozialen Sicherungssysteme ebenso wie die Konsummärkte und die Gesamtgesellschaft in ihrer intergenerationellen Komplexität.

Familien soll die Gesellschaft erhalten und zugleich sind sie besonderen Belastungen ausgesetzt. Deshalb bedarf es entsprechender Kompetenzen bei den Familienmitgliedern und entsprechender stützender Strukturen, geeigneter Rahmenbedingungen und einer guten Infrastruktur. Diese zu schaffen, und die BRD zu einem familien- und kinderfreundlichen Land zu machen ist Aufgabe der Politik.

„Was Familien brauchen“. Die familienpolitische Stellungnahme der EKD

Entsprechende Schritte in der Familienpolitik, die Familien stärken, fordert die familienpolitische Stellungnahme des Rates der EKD ein, die unter dem Titel „Was Familien brauchen“² im Herbst 2002 verabschiedet und veröffentlicht wurde. Vorbereitet von einer Arbeitsgruppe aus Kreisen der Wissenschaft, der Familienverbände, der Politik und der Kirchen mahnt die Stellungnahme die materielle Sicherheit, Vermeidung von Armut und soziale Absicherung der Familien sowie die Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Familienlastenausgleiches an. Von zentraler Bedeutung für die Zukunft von Familie sei die Möglichkeit die eigenen Vorstellungen von Familie realisieren zu können, wozu zuvörderst die Wahlfreiheit der Eltern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine familienfreundliche Gestaltung der Arbeits-

welt und die Sicherstellung einer außerfamilialen Tagesbetreuung sowie die Einrichtung von Ganztageschulen gehörten. Das erfordere schon die zunehmende Kinderlosigkeit, die Zusammenhänge von Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, Ehezufriedenheit und Scheidungszahlen.

Mit dieser Stellungnahme rückt Kirche Familie ins Zentrum: „Ehe und Familie sind für den christlichen Glauben die guten Gaben Gottes. Die evangelische Kirche sieht in ihnen die grundlegende und exemplarische Form menschlichen Zusammenlebens.“ (6). Daraus zieht die Kirche die Konsequenz sich nicht nur für eine andere Familienpolitik einzusetzen, sie tritt in der gesellschaftlichen Diskussion ein für eine Neubestimmung des Verhältnisses der „Werte von Mobilität und Veränderung und denen der Beständigkeit und Verlässlichkeit“ (7), und damit für eine wirklich gesellschaftlich getragene Familienkultur. Auch im kirchlichen Handeln zählen die Bereiche Ehe und Familie zu den vordringlichen Aufgabenfeldern.

Wie sich dies vor Ort gestaltet, veranschaulicht exemplarisch die Broschüre „Kirchengemeinden: Ort für Familien“³ der EAF Bayern, die alles zusammen trägt, was zu einer familienfreundlichen Atmosphäre in Kirchengemeinden beiträgt, und woran sich eine stimmige Konzeption bedarfsgerechter Familienförderung in der Kirchengemeinde orientieren muss.

Ausdrücklich wird in der EKD-Stellungnahme auf Familienbildung als kirchlicher Handlungsbereich abgehoben. Familienbildung zähle zu den „vorrangigen kirchlichen Aufgaben“ (8). Familien in den unterschiedlichen Lebensphasen müssten durch Familienbildung und bei Bedarf durch Familienberatung Unterstützung erhalten (20). Damit macht sich der Rat der EKD das Konzept der lebensbegleitenden Bildung zueigen.

Familienbildung als „dritte Säule der Familienpolitik“

Familienbildung wird in ihrer Bedeutung nicht nur von kirchenleitender Seite unter besonderer Betonung des christlichen Werthorizontes unterstrichen. Auch aus familienwissenschaftlicher und familienpolitischer Perspektive wird ihre Wichtigkeit hervorgehoben. Familienbildung als Erwachsenenbildung greift gesellschaftliche Veränderungen auf und schafft einen Raum der Auseinandersetzung damit. Die Umbrüche werden in individuelle Lernanlässe

übersetzt und pädagogisch bearbeitet. Bildung und Beratung sind also Mittel die wachsenden Anforderungen zu bewältigen und helfen dabei sie in Optionen zu verwandelt.

Der Familienwissenschaftler Wassilios Fthenakis fordert als „dritte Säule“ der Familienpolitik „Hilfen zur Stärkung der Kompetenz der Familien sowohl was Elternschaft als auch was Partnerschaft“ betrifft. Familienpolitik ist damit zugleich Bestandteil der Bildungspolitik. Damit ist ein wesentlicher Inhaltsbereich der Familienbildung und der familienbezogenen Bildung angesprochen. Wenn wir Familien helfen wollten mit den rasant verlaufenden Veränderungen fertig zu werden, ihre Unsicherheit in Erziehungsfragen zu überwinden, hohe Qualität in der Partnerschaft zu erleben, wenn wir möchten, dass Familien ihren Aufgaben gerecht werden, dann bedürfe es mehr als je zuvor mehr an Angeboten von Familienbildung und Familienenerholung, schreibt Fthenakis. Das ist für ihn aber nicht nur eine Frage der Quantität, sondern auch der Qualität. Er fordert innovative Ansätze ein. Dabei sind in erster Linie Familien in besonderen Lebenslagen und Familien mit besonderen Belastungen im Blick: sogenannte „Hochrisikogruppen“ in unserer Gesellschaft, Familien in Armut, Familien mit Alkohol- und Drogenabhängigkeit, Familien, in denen es zu Gewaltanwendung kommt, Familien in sozialer und kultureller Isolation.⁴

Der Grundsatzbeschluss der Jugendministerkonferenz der Länder zur Eltern- und Familienbildung

Einen neuen Stellenwert von Eltern- und Familienbildung konstatiert auch die Konferenz der Jugendminister der Länder in ihrem Grundsatzbeschluss „Stellenwert der Eltern- und Familienbildung“ vom Mai 2003.⁵ „In Anerkennung der elementaren Bedeutung der Familie für den Erhalt einer menschlichen Gesellschaft, vor allem für das gelingende Aufwachsen junger Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten, verfolgt die Jugendministerkonferenz generell das Anliegen, die Erziehungskraft der Eltern zu stärken“. Hier leiste die Eltern- und Familienbildung einen grundlegenden Beitrag. Deren Stellenwert und Rolle sei infolgedessen generell zu stärken. Die Förderung innovativer Ansätze zur Erweiterung der Bildungsangebote, die Unterstützung der Akzeptanz von Familienbildung, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, intensive Forschung und wissenschaftliche Begleitung und die Sicherung eines bedarfsgerechten Angebotes sind hierzu in der Sicht der Jugendministerkonferenz die Instrumente.

Besonders die Erhöhung der Akzeptanz von Bildungsangeboten erscheinen auf dem Hintergrund der Ergebnisse der Elternbefragung zur Familienbildung,⁶ die das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg durchgeführt hat, von besonderer Bedeutung. Dieses hatte festgestellt, dass Familienbildung bei Eltern immer noch kein gängiger Begriff ist (10). 10% aller befragten Eltern kennen überhaupt keine Angebote der Familienbildung (13). Gleichzeitig wünschen sich Eltern die Unterstützung, die Familienbildung bieten könnte: Guter Rat zu Familien- und Erziehungsfragen ist grundsätzlich willkommen. 79,5% sind offen für Tipps, Ratschläge und Antworten (15), die sie gerne „passgenau“, präzise aufbereitet für ganz bestimmte Themen und Altersgruppen erwarten (16). Diese Befragung der potentiellen Abnehmer/-innen von Bildungsangeboten liefert wichtige Planungsdaten für die Einrichtungen von Erwachsenen- und Familienbildung.

Die Perspektive der Jugendministerkonferenz setzt an bei der Betonung der öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen. Das bedeute nicht, den Vorrang der elterlichen Verantwortung zu schmälern, im Gegenteil. In ihrer Erklärung, betonen die Jugendminister der Länder die „öffentliche Verantwortung für die Förderung der Erziehung in der Familie und begründen dies mit Artikel 6 Grundgesetz. Die steigenden Anforderungen an die Qualität der Erziehung und die zugleich schwierigen Alltagsbedingungen unterstreichen noch den Schutz- und Förderungsauftrag der staatlichen Gemeinschaft.“ Die in der Familie erfahrenen Bindungen, Orientierungen und Kompetenzen sind die entscheidende Grundlage für die Personentwicklung junger Menschen und Bedingung für den Erfolg schulischer und beruflicher Bildung, wie auch die Ergebnisse der PISA-Studie belegen.

Die Jugendminister fordern, dass Eltern- und Familienbildung ein Angebot für alle Eltern sein müsse. Dazu seien eine breitenwirksame Akzeptanz, ein besserer Zugang für Familien in besonderen Belastungssituationen durch neue Methoden und spezifische Inhalte, neue Wege und Formen, Vernetzung und Kooperationen nötig. Die vielen Orte der Familienbildung seien deren Stärke: Sie müsste nahe dem familiären Alltag stattfinden und in ihm integriert werden. Niedrigschwelligkeit ist das Stichwort. Als neue Orte werden genannt: Krippen, Kindergarten, Horte, Schulen, berufliche Bildung und Arbeitswelt, Betriebe.

Die Jugendministerkonferenz fordert „dass Eltern- und Familienbildung rechtzeitig einsetzt, frühzeitig beginnt und lebensphasenbegleitend ist. Sie müsse gezielt in besonderen Belastungssituationen wie Arbeitslosigkeit, Pflege, Behinderung, Sozialhilfebe-

zug, bei Trennung, Scheidung, bei Migrationshintergrund zum Tragen kommen.

Im Ausbau von Ganztageseschulen und ganztägigen schulischen Betreuungsangeboten sehen die Jugendminister für Eltern- und Familienbildung Aktionsfelder. Hierzu nehmen sie eine Kooperation mit der Kultusministerkonferenz in den Blick. Und weiterhin sollten auch in der Schule und der außerschulischen Jugendarbeit Grundlagen von Eltern- und Familienkompetenz gelegt werden.

Ein Desiderat, das seit Erlass des KJHG besteht, ist die Forderung nach der Konkretisierung des Auftrags, den § 16 Abs. 3 SGB VIII formuliert, so dass Eltern- und Familienbildung wirklich zum Bestandteil der Jugendhilfeplanung wird. Die Jugendminister sprechen sich mit Nachdruck dafür aus, die Gesamtverantwortung der Kinder- und Jugendhilfe zu präzisieren.

Eltern- und Familienbildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe impliziert ein breites öffentliches Engagement und Öffentlichkeitsarbeit. Angesprochen werden in der Stellungnahme auch die Medien, die hier aus eigener Kompetenz sowie in Zusammenarbeit mit Trägern der Familienbildung relevante Beiträge leisten könnten: eine Internetplattform für Beratung sei im Entstehen. Die öffentlich-rechtlichen und privaten Medien sollten entsprechende Themen zum Teil ihres Programmangebotes machen.

Zum Abschluß ihrer Erklärung heben die Jugendminister die Bedeutung intensiver wissenschaftlichen Forschung und Begleitung hervor, im Sinne von Wirkungsrecherche und Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes. Hier wird die Einschätzung von Fthenakis bestätigt, der „enorme“ Defizite diagnostiziert hatte.

Neue Aufgaben nach Pisa

Die Ergebnisse der Pisa-Studie bedeuten für die Familienbildung eine konzeptionelle Herausforderung. Ein zentrales Ergebnis jenseits des aufgeregten Krisendiskurses ist die Einsicht, dass Familie die „grundlegende Bildungsinstitution der Kinder und Jugendlichen“ ist, wie es der wissenschaftliche Beirat für Familienfragen beim BMFSFJ in seiner Stellungnahme **„Die bildungspolitische Bedeutung der Familie – Folgerungen aus der Pisa-Studie“** formuliert.⁷ Familienerziehung und die lebenslangen Bildungsprozesse stehen in einem systematischen Zusammenhang, konstatiert die Stellungnahme. Die lebensweltlichen Bildungsprozesse in der Familie, seien Voraussetzungen für schulische (und vorschulische) Bildungsprozesse: „Familie ist die erste Bildungs- und Erziehungsinstanz“.⁸ Die Eltern sind gewissermaßen die „ersten Lehrerinnen

und Lehrer“. Sie eröffnen den Kindern den Zugang zur Welt.

Die Unterschiede im Humanvermögen der Familien beeinflussen die Bildungschancen der Kinder. Herkunft bestimmt Zukunft. Dem entsprechen die Ergebnisse des Schulleistungstests bei dem Kinder aus bildungsfernen Schichten, ebenso wie Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund besonders schlecht abgeschnitten haben.

Die Unterstützung und Förderung der Bildungsprozesse in der Familie liegt, so der Beirat für Familienfragen, im öffentlichen Interesse. Das betont auch die Bildungsdenkschrift der EKD „Maße des Menschlichen. Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft“, wo es heißt: „Wer ‚Bildung‘ will, ist folglich auf die Sozialisations- und Erziehungsaufgaben verwiesen, die den kognitiven Bildungsleistungen vorausgehen und sie begleiten müssen“.⁹ Dabei rücken Maßnahmen zur Verbesserung der Erziehungskompetenz in den Vordergrund. Zum anderen fordert der Beirat eine Schaffung von Betreuungseinrichtungen, um die Eltern von der alleinigen Verantwortung für die Betreuung zu entlasten, und damit eine Stärkung der öffentlichen Erziehung. Denn Eltern dürften nicht mit „strukturell bedingten Defiziten“¹⁰ allein gelassen werden. Auf private Lösungen zu setzen würde viele Eltern überfordern und herkunftsbedingte Ungleichheiten weiter verstärken. „Hier muss die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen durch eine differenzierte Förderung wahrgenommen werden“, fordern die **Leipziger Thesen zur aktuellen bildungspolitischen Debatte**.¹¹

Die Leistungen der evangelischen Erwachsenen- und Familienbildung weisen auf dem Hintergrund der Pisa-Ergebnisse eine positive Bilanz auf. Erziehungsthemen gehören seit jeher zum regelmäßigen Angebot. Die Eltern-Kind-Gruppenarbeit für Eltern mit Kindern zwischen 1–3 Jahren, die zu Beginn der 70er Jahre entstand und frühpädagogische, erwachsenenpädagogische und gruppenpädagogische Aspekte verbindet, ist weit verbreitet und expandiert nach wie vor.¹² Es geht hier um die Stärkung der elterlichen Kompetenzen und um eine Unterstützung der Eltern-Kind-Beziehung. Auch für das erste Lebensjahr als besonders „sensible Zeit“ für die Förderung von Psychomotorik und Kreativität gibt es hier vielfältige Angebote zu den Themen Kinderpflege, Bewegungsentwicklung, Spielen. Und es gibt verstärkte Bemühungen solche Angebote für Eltern in sozialen Brennpunkten und für Migranten/-innen zu machen.

Förderung von Innovationen

Auf dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen, und befördert auch durch den Kostensitua-

tion gibt in der Familienbildung einen deutlichen Veränderungsdruck. Es werden Forderungen nach Innovationen erhoben. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen ist diese Dynamik ausgeprägt. Zahlreiche Innovationsprojekte werden öffentlich gefördert. Sie ermöglichen es – und das ist auch die Intention des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit (MFJFG) –, Top-down' im Sinne von Best Practice-Beispielen Impulse in die Praxis zu tragen und Schritte auf dem Weg zu einer bedarfsorientierten Weiterentwicklung der Familienbildung im Rahmen und mit dem Instrument „Wirksamkeitsdialog“ zu machen.

Solche Beispiele recherchierte auch das „Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik“, dessen Arbeitsschwerpunkt für die nächsten zwei Jahre die Familienbildung ist. In einer Umfrage vom Sommer 2002 wurden innovative Ansätze von „richtungsweisender exemplarischer Qualität“ erhoben, die in Netzwerk-Rundbrief Juni 2003 sowie auf der Webseite²³ des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturentwicklung vorgestellt werden und interessante Anregungen bieten.

Die neuen Anforderungen an die Familienbildung lauten: Bedarfsorientierung, Sozialraumorientierung, Niedrigschwelligkeit, Vernetzung und Arbeitsweltbezug.

Konsequenzen für die evangelische Erwachsenen- und Familienbildung

Die Einsicht in die Notwendigkeit Familien bei den gesellschaftlichen Veränderungen zu unterstützen, wie die EKD, die zuständigen Ministerien und die Wissenschaft das fordern, stärken die Anliegen und die Position von familienbezogener und Familienbildung in evangelischer Trägerschaft. Die Nagelprobe der Glaubwürdigkeit wird sein, ob die Familienbildung trotz Kostendrucks und Finanzproblemen ihre Arbeit ohne Beeinträchtigungen auch in Zukunft wird fortsetzen können.

Die evangelische Erwachsenen- und Familienbildung ist im Blick auf die Ansprüche und Leistungsanforderungen gut aufgestellt. Sie muss sich aber auch den neuen Herausforderungen konzeptionell und organisatorisch stellen und ihr Leistungsangebot den neuen Problemlagen anpassen. Die Kommission für Familienbezogene Bildung der DEAE befasst sich mit diesen Themen.

Erziehungskompetenz ist ein Vermittlungsthema mit mehreren Dimensionen. Es geht einmal um Wissen zu Fragen der kindlichen Entwicklung und der

Erziehung. Weiterhin geht es um Haltungen, Einstellungen, Werte, die den Stil der Erziehung und die familiäre Kultur prägen und um deren Reflexion, also um Orientierung im Erziehungsdiskurs. Und es geht um die Handlungsfähigkeit der Erziehenden in den konkreten Situationen des Alltags. Das Thema, die Erziehungskompetenz von Eltern zu stärken, impliziert ein mehrschichtiges Bildungshandeln.

Unter dem Stichwort Bedarfsgerechtigkeit und der darin mitschwingenden Kritik an den bisherigen Angeboten kommen neue Zielgruppen in den Blick. Der Familienbildung wird zunehmend die Aufgabe zugeschrieben, Defizite bei sozial benachteiligten Gruppen auszugleichen. In diesem Zusammenhang wird auch die Forderung nach Niedrigschwelligkeit und Sozialraumorientierung von Familienbildung erhoben. Diese Blickrichtung von Familienbildung orientiert sich in ihrem Aufgabenverständnis an § 16 KJHG und der präventiven Funktion, die der Familienbildung zugeschrieben wird. Prävention soll der Notwendigkeit einer (späteren) Intervention vorbeugen, so die Perspektive der Kinder- und Jugendhilfe. Zwischen Prävention und Intervention läuft auch die Trennungslinie der beiden Disziplinen Bildung und Sozialarbeit.

Hier werden Probleme aufgeworfen, die im Einzelnen zu diskutieren sind. Die neuen Anforderungen bedürfen neben der Konzeptionsentwicklung einer zusätzlichen und stabilen Finanzierungsbasis und ggf. entsprechender Maßnahmemittel, da die Weiterbildungsgesetze und ihre Förderrichtlinien diese Projekte und das erforderliche pädagogische Setting in der Regel nicht abdecken.

Für eine Sozialraumorientierung der evangelischen Bildungsarbeit bieten die Kirchengemeinden Anknüpfungspunkte. Das Thema Familie hat in kirchlichen Kontexten einen hohen Stellenwert. Gemeinden sind Knotenpunkte im sozialen Nahraum. Sie sind auch oft Träger von Kindertageseinrichtungen.

Gesamtkirchengemeinden und Kirchenkreise sind oft Träger von Beratungseinrichtungen. Auch die Diakonie ist im Sozialraum mit ihren familienbezogenen Diensten und familienergänzenden Hilfen präsent.

Der Bezug auf das KJHG kann eine gute Ergänzung des Portfolios der Angebote evangelischer Familienbildung sein, die ganz spezifische Zielgruppen ansprechen.

Dieser Ansatz darf aber nicht zu einer Engführung in den Bildungsangeboten oder zu einer Abhängigkeit von Jugendämter und Jugendhilfeplanung und damit zum Verlust eines eigenständigen Profils führen. Zum einen ist Familie mehr als ein sozialer Brennpunkt, und so greift die Tendenz, die Defizitorientie-

zung zum vorrangigen Fokus der Familienbildung, zu machen, zu kurz. Jeder Mensch gehört einer Familie an und Familien wollen sich zu ganz unterschiedlichen Themen kundig machen. Alle Familien habe also ein Anrecht auf geeignete Bildungsformen und lebensbegleitende Bildung. Für die evangelische Erwachsenen- und Familienbildung sind auch die „Freiheit der Lehre“, d. h. dessen, was vermittelt wird, und die Freiwilligkeit der Teilnahme ebenso Essentials wie die Subjektorientierung. Die „unvertretbare persönliche Selbständigkeit jedes Menschen“ und eine verantwortungsbewusste Mündigkeit,¹⁴ ist eine zentrale Dimension eines evangelischen Verständnisses von Bildung gegen die „Funktionalisierung und drohende Selbstentfremdung des einzelnen Menschen in der Moderne“.¹⁵

Die Blickrichtung des KJHG ist auf die jungen Eltern und die Förderung ihrer Erziehungsaufgaben gerichtet. Es ist richtig, dass diese Phase von Eltern- und Partnerschaft von zentraler Bedeutung ist, und junge Eltern gerade hier der Unterstützung bedürfen. Aber die Fixierung auf diese Zielgruppe hat schon die große Institutionenanalyse von Christiane Schiersmann¹⁶ als Schwäche und Innovationsdefizit der institutionellen Familienbildung und der Familienbildungsstätten beschrieben.

Auch auf dem Hintergrund des demographischen Wandels und seiner Konsequenzen bedeutet diese Perspektive eine unangemessene Engführung. Hier erscheint ein Verständnis von Familie öffnend, das Familie als intergeneratives Netzwerk von Haushalten versteht.¹⁷ Ein solches Verständnis nimmt auch ältere Menschen mit ihren Familienbezügen und Aufgaben als Adressaten von Familienbildung in den Blick. Fragen von Pflege, die vielfach in Familien geleistet wird, der Generationenrollen der Großeltern, eines zivilgesellschaftlich-bürgerschaftlichen und sozialen Engagements älterer Menschen gehören selbstverständlich zum Kanon der Familienbildung. Ein Ausspielen der unterschiedlichen Zielgruppen ist mit dem ethischen Ansatz christlicher Bildungsarbeit unvereinbar. Der generationenübergreifende Blick bleibt Ansatz und Aufgabe der evangelischen Erwachsenen- und Familienbildung.

Eine weitere Forderung ist die nach einer stärkeren Kooperation und Vernetzung¹⁸ zwischen den verschiedenen Trägern und Akteuren von Bildung, Kinder- und Jugendarbeit in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, durch Runde Tische, Foren für Familienbildung, lokalen oder regionalen Bündnissen für Familien. Motiviert ist dies durch das Ziel die Klientel zu erreichen und alle Angebote für Familien zu erschlie-

ßen, durch die Forderung von Transparenz und von dem Wunsch ein genaues Bild von der Angebots- wie der Nachfrageseite zu gewinnen sowie durch den Ruf nach bedarfsgerechten Angeboten. Ziel ist es die Familienbildung vor Ort zu steuern. Die verschiedenen Bildungsinstitutionen behalten ihren je eigenen Bildungsauftrag. Aber auch vor dem Hintergrund heterogener und komplexer Lebenslagen ist eine Vernetzung und Verknüpfung der Einrichtungen und Angebote angemessen.

Hier kann die evangelische Erwachsenen- und Familienbildung aufgrund ihrer Moderations- und Kooperationskompetenz¹⁹ durchaus die Federführung übernehmen.

Damit kommt auch der politische Auftrag der Familienbildung zum Tragen, nämlich Lobby für Familien in der Kommune oder im Kreis zu sein. Auch hierin sieht die EEB eine genuine Aufgabe.

Anmerkungen

¹ Christine Henry- Huthmacher (Hg.), *Leise Revolutionen. Familien in Zeiten der Modernisierung*. Freiburg Basel Wien 2002, 8–22

² Was Familien brauchen. Eine familienpolitische Stellungnahme der EKD. EKD- Texte 73

³ Kirchengemeinden: Ort für Familien. Hrsg. von der Ev. Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e.V. 2003

⁴ Wassilios Fthenakis, *Hat Familie Zukunft? Neue Herausforderungen für Familienberatung, Familienbildung und Familienpolitik*, unveröffentlichtes Manuskript

⁵ Beschluss der Jugendministerkonferenz „Stellenwert der Eltern- und Familienbildung“ vom 22./23. Mai 2003

⁶ Elternbefragung zur Familienbildung, Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg 2003

⁷ Die bildungspolitische Bedeutung der Familie-Folgerungen aus der Pisa- Studie. Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen. (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 224) Stuttgart 2003

⁸ Bertelsmann-Stiftung, *Wir brauchen eine andere Schule*. Gütersloh 2002

⁹ Maße des Menschlichen. Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloh 2003, 23

¹⁰ Bildung ist mehr als Schule. Leipziger Thesen zur aktuellen bildungspolitischen Debatte. Gemeinsame Erklärung des Bundesjugendkuratoriums, der Sachverständigenkommission für den Elften Kinder- und Jugendbericht und der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe. Juli 2002

¹¹ siehe 10

¹² Eltern-Kind-Gruppen – Bildungsarbeit in der EEB. Entwürfe. Themen der evangelischen Erwachsenenbildung 18 (2003)

¹³ www.ies-hannover.de/Netzwerk

¹⁴ Maße des Menschlichen, 61

¹⁵ ebd.

¹⁶ C. Schiersmann, H.-U. Thiel, E. Pfizenmaier, *Innovationen in Einrichtungen der Familienbildung*. Opladen 1998, 417/418

¹⁷ A. Borchers, *Gesellschaftliche Veränderungen und Problemlagen als Herausforderungen für Familien und Anforderungen an Familienbildung*. Vortrag vom 4.12.2002 bei der Kommission Familienbezogene Bildung der DEAE. Unveröffentl. Manuskript.

¹⁸ Leitfaden Vernetzung und Kooperation für Initiativen zur Förderung der Familienbildung. Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg .2002

¹⁹ „Das einzig Beständige ist der Wandel“ – Organisationsentwicklung – Organisationsperspektiven forumEB 2/2001